

**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Hauptausschuss**

02.10.2026

Niederschrift

über die 28. Sitzung des Hauptausschusses am Donnerstag, 01.10.2026

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Haus C, "Großer Seminarraum"
(Zugang Stargarder Straße, Eingang Regionalbibliothek)

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/Vorsitzender

Oberbürgermeister Nico Klose

Gremiumsmitglied

Ratsfrau Dr. Sabine Balschat	BSW/BfN
Ratsherr Steffen Bülow	CDUplus
Ratsherr Peter Fink	AfD
Ratsherr Dr. Rainer Kirchhefer	SPD-Grüne
Ratsherr Robert Schnell	AfD
Ratsherr Heiko Schröder	CDUplus
Ratsherr Michael Stieber	SPD-Grüne
Ratsfrau Sigrid Strelow	AfD

stellv. Gremiumsmitglied

Ratsherr Thomas Gesswein	CDUplus
↳ Vertretung für Ratsherrn Björn Bromberger	
Ratsherr Olaf Jammrath	BSW/BfN
↳ Vertretung für Ratsherrn Jan Kuhnert	
Ratsherr Prof. Dr. Roman F. Oppermann	SPD-Grüne
↳ Vertretung für Ratsfrau Vanessa Freund	
Ratsherr Dr. Roman Kubetschek	Projekt NB
↳ Vertretung für Ratsherrn Bernd Herrmann	

Verwaltung

Herr Modemann	Beigeordneter und 1. Stellv. des OB
Frau Piotrowski	2. Stellv. des OB
Herr Schwabe	Leitung EBIM
Herr Herrmann	Beteiligungsmanagement
Herr Grömke	Referent des OB
Frau Rathsack	Leitung Recht und Vergaben
Frau Kapler	Leitung Büro der Stadtvertretung
Frau Kunze	Leitung Ordnung, Verkehr und Gewerbe
Frau Kutzik	Leitung Rechnungsprüfungsamt
Herr Renner	Leitung Fachbereich Stadtplanung, Wirtschaft und Bauordnung
Frau Seugling	Leitung Presse-, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
Frau Witt	Büro der Stadtvertretung

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Herr Oberbürgermeister Klose eröffnet die 28. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die anwesenden Mitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie die anwesenden Gäste.

TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister Klose ruft den Tagesordnungspunkt auf und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest (Postausgang am 23.09.2026).

Es sind 12 von 13 Hauptausschussmitgliedern anwesend, die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses

Herr Oberbürgermeister Klose lässt über die Niederschrift abstimmen.

Die Niederschrift wird mit 9 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen bestätigt.

TOP 4 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Herr Oberbürgermeister Klose informiert darüber, dass am 05.10.2026 die neue Regiobuslinie Neubrandenburg–Altentreptow–Jarmen–Greifswald den Betrieb aufnehmen werde. Am Vormittag finde dazu eine Auftaktveranstaltung am ZOB statt. Weiterhin teilt er mit, dass der am 18.06.2026 beschlossene Förderantrag für den Neubau der Schwimmhalle (SKS-Programm) keine Berücksichtigung gefunden habe. Das Programm sei mit 432 eingereichten Projekten (Gesamtvolumen 3,2 Mrd. Euro) stark überzeichnet gewesen; 195 Projekte wurden für eine Förderung ausgewählt. Es bestehe die Vermutung, dass die Verteilung nach dem Königsteiner Schlüssel erfolgt ist. Für die kommenden SKS-Ausschreibungsrunden (voraussichtlich im Oktober 2026 sowie im ersten Halbjahr 2027) liege die Information aus dem Ministerium vor, dass bisher unberücksichtigte Kommunen ausgewählt werden sollen. Da die Stadt mit der Schwimmhalle, der Sanierung des Jahnstadions sowie dem Ersatzneubau des Funktionsgebäudes des Jahnstadions insgesamt drei förderfähige Großprojekte habe, stehe die Stadt vor der Entscheidung, entweder alle Vorhaben einzureichen oder eine Priorisierung vorzunehmen. Um hierüber im gemeinschaftlichen Diskurs zu entscheiden, werde die Verwaltung für die Gremienläufe und die Sitzung der Stadtvertretung im Dezember 2026 eine Beschlussvorlage vorbereiten. Diese solle als Abwägung und Gesprächsgrundlage für die Priorisierung dienen.

Ratsherr Dr. Kirchhefer betritt den Sitzungsraum; die Vollzähligkeit der Ausschussmitglieder wird festgestellt.

Ratsherr Prof. Dr. Oppermann informiert darüber, dass der Betriebsausschuss für den 08.10.2026 eine Sondersitzung plane. Thema sei die Bereitstellung von Flächen in der Einsteinstraße 8 zur Absicherung des Schulbetriebs der Grundschule Ost. Nachdem in den vergangenen Sitzungen noch Informationsbedarf bestanden habe, solle erst im Nachgang der Sondersitzung eine Entscheidung über die Maßnahme getroffen werden. Er bittet darum, das Benehmen herzustellen.

Herr Oberbürgermeister Klose erklärt nach Rücksprache mit den weiteren Mitgliedern des Hauptausschusses das Benehmen für die Sondersitzung des Betriebsausschusses am 08.10.2026 für hergestellt.

Ratsherr Schröder bittet darum, das Benehmen für zwei Sondersitzungen des Finanzausschusses am 11.11.2026 und am 10.12.2026 herzustellen.

Zudem erfragt er, ob vorgesehen sei, die ehemals auf dem Hochhaus in der Waagestraße installierten Webcams auf einem anderen Gebäude aufzubauen, oder ob das Projekt dauerhaft eingestellt wurde.

Herr Oberbürgermeister Klose erklärt nach Rücksprache mit den weiteren Mitgliedern des Hauptausschusses sowie Frau Piotrowski das Benehmen für die Sondersitzungen des Finanzausschusses am 11.11.2026 und 10.12.2026 für hergestellt. Bezüglich der Webcams teilt er mit, dass diese nicht im Zuständigkeitsbereich der Vier-Tore-Stadt lägen. Mit Einverständnis des Ausschusses bittet er den anwesenden Herrn Benischke um weitere Aufklärung.

Herr Benischke erläutert, dass die Kameras ehemals in Abstimmung mit der Stadtverwaltung installiert worden seien, um den Marktplatz und die Konzertkirche abzubilden. Mit der Fertigstellung des geplanten Neubaus könne die Installation von Kameras sowie der neue Aufnahmewinkel in Abstimmung zwischen der Stadt, der NEUWOGES und den Stadtwerken, für den technischen Betrieb, erfolgen.

Ratsfrau Dr. Balschat erkundigt sich, ob die rückwärtige Wand des Baus Mariencarrée bis zu einer endgültigen baulichen Lösung zur Aufwertung des Stadtbildes optisch ansprechender hergerichtet werden könne.

Herr Oberbürgermeister Klose erläutert, dass sich die Immobilie nicht im Eigentum der Vier-Tore-Stadt befinde. Er kündigt jedoch an, das Anliegen in einem zeitnah anstehenden Termin mit den neuen Eigentümern anzusprechen.

Ratsherr Bülow spricht die neue Brücke am Oberbach an. Nach dem Auftreten von Graffiti erkundigt er sich, ob seitens der Stadtverwaltung oder EBIM angedacht sei, dort Kunst aufzubringen. Als positiv zu bewertendes Beispiel nennt er die Gestaltung des Mauerwerks entlang des Belvederes und fragt, ob ein vergleichbares Vorgehen geplant sei.

Herr Oberbürgermeister Klose bestätigt, dass die Verwaltung die Thematik im Blick habe und die Oberbachbrücke durch Aufbringen von Kunst verschönern möchte. Es sei geplant zu eruieren, unter welchen Bedingungen und zu welchen Kosten dies darstellbar ist.

TOP 5 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Klose bittet um Nachtrag eines Änderungsblattes zu TOP 6 (BV/VIII/0329).

Mitwirkungsverbote bestehen für:

- TOP 22, BV/VIII/0332, für Ratsherrn Gesswein und Ratsfrau Strelow,
- TOP 24, BV/VIII/0331, für die Ratsherren Fink, Schnell, Prof. Dr. Oppermann und Schröder und
- TOP 26, BV/VIII/0333, für die Ratsherren Fink, Schnell und Stieber.

Rederechte sind beantragt für

- TOP 14, BV/VIII/0357 für Frau Anke Saadan (GF Pflegeheim NB gGmbH) und Herrn Frank Benischke (GF NEUWOGES) und
- TOP 18, BV/VIII/0361 für Herrn Frank Benischke.

Herr Oberbürgermeister Klose lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen. Diese wird einstimmig bestätigt.

TOP 6 öffentlich-rechtlicher Vertrag zur Übertragung des ÖPNV auf den Landkreis MSE
Vorlage: BV/VIII/0329 – 3 Änderungsblätter

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **Herr Oberbürgermeister Klose** über die Beschlussvorlage abstimmen.

Die Vorlage wird mit 13 Ja-Stimmen in die Stadtvertretung verwiesen.

TOP 7 Nachtrags-Wirtschaftsplan 2026 der Theater und Orchester Neubrandenburg/Neustrelitz GmbH
Vorlage: BV/VIII/0335

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **Herr Oberbürgermeister Klose** über die Beschlussvorlage abstimmen.

Die Vorlage wird mit 13 Ja-Stimmen in die Stadtvertretung verwiesen.

TOP 8 Verwendung der Mittel aus dem Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKiFG)
Vorlage: BV/VIII/0349

Ratsherr Schröder verweist auf die bisherigen Diskussionen der Beschlussvorlage im Finanz- bzw. Betriebsausschuss bezüglich der Turnhalle am Anger. Er äußert den Eindruck, dass die NEUWOGES bisher nicht in den Prozess eingebunden sei, und erkundigt sich nach dem aktuellen Austausch- und Sachstand.

Herr Schwabe führt aus, dass es bereits eine Vorbesprechung gegeben habe, in der die NEUWOGES die grundsätzliche Bereitschaft zu einer Veräußerung signalisierte. Er stellt klar, dass es sich bei den im Raum stehenden Mitteln nicht um den finalen Kaufpreis handle, sondern um das geplante Budget für einen möglichen Erwerb. Der konkrete Kaufpreis sei mit der NEUWOGES noch nicht verhandelt, da dies von der Beschlussfassung der Gremien abhängt. Nach einer entsprechenden Zustimmung werde die Verwaltung in die konkreten Kaufverhandlungen mit der NEUWOGES eintreten.

Ratsherr Dr. Kirchhefer berichtet von einer sehr kritischen Diskussion innerhalb seiner Fraktion bezüglich der Vorschläge, insbesondere zum geplanten Ankauf der Sporthalle am Anger. Es sei unklar, inwiefern es sich hierbei um eine wertschöpfende Investition handle, durch die etwas Neues geschaffen werde. Er verweist auf offene Bedarfe im Stadtgebiet, wie die kürzlich thematisierten Hitzeanpassungsmaßnahmen auf dem Marktplatz, für die bislang keine Mittel gefunden worden seien. Er erkundigt sich, ob eine Finanzierung von Klimaanpassungsmaßnahmen unter dem weit gefassten Unterpunkt der sonstigen gesellschaftlichen Infrastruktur denkbar wäre. Zudem hinterfragt er, ob andere städtische Projekte realisierbar seien, die für die Bürgerinnen und Bürger einen sichtbaren Mehrwert im Alltag mit sich brächten.

Herr Oberbürgermeister Klose erklärt, dass es sich bei der Vorlage zunächst um den Vorschlag der Verwaltung handle. Die Einbringung in den Beratungslauf der Gremien diene genau dem Zweck, in den zuständigen Ausschüssen darüber zu beraten sowie gegebenenfalls Gegenvorschläge einzubringen.

Herr Schwabe ergänzt, dass die drei vorbereiteten Vorschläge der Verwaltung durch die in der Vorlage genannten Alternativen ergänzt werden könnten. Diese Liste sei nicht abschließend. Es stehe den Gremien frei, eigene Maßnahmen einzubringen oder Vorschläge komplett auszutauschen, sofern diese den Vorgaben der Verwaltungsvereinbarung entsprechen.

Ratsherr Dr. Kirchhefer erfragt, ob Hitzeanpassungsmaßnahmen unter dieser Vereinbarung unterzubringen wären.

Herr Schwabe erklärt, dass im Kern Investitionen gefördert werden sollen und man Hitzeanpassungen im Einzelfall prüfen müsse.

Frau Piotrowski schlägt vor, dies seitens der Verwaltung zu prüfen und das Ergebnis per E-Mail an alle Ausschussmitglieder zu versenden.

Ratsherr Schröder erkundigt sich, ob die Mittel auch für die Maßnahmen Neubau der Schwimmhalle, der Sanierung des Jahnstadions sowie dem Ersatzneubau des Funktionsgebäudes des Jahnstadions verwendet werden können, da diese bei anderen Förderprogrammen bislang unberücksichtigt geblieben seien. Zudem fragt er, ob eine spätere Bewilligung anderer Fördermittel eine unzulässige Doppelförderung darstellen würde.

Frau Piotrowski erläutert hierzu, dass Doppelförderungen mit den LuKiFG-Mitteln grundsätzlich möglich seien. Diese können auch dazu dienen, Eigenanteile für andere Förderungen darzustellen. Es müsse jedoch im Einzelfall geprüft werden, ob das spezifische Programm entsprechende Ausschlüsse vorsehe. Die Verwaltung werde diese Information im Nachgang ebenfalls schriftlich nachliefern.

Ratsherr Prof. Dr. Oppermann merkt an, dass die Bereinigung des Portfolios der NEUWOGES um die Turnhalle stimmig sei. Turnhallen gehörten nicht zum Kerngeschäft der NEUWOGES, sondern fielen im Rahmen der Schul- und Sportnutzung in den Aufgabenbereich des städtischen Immobilienmanagements. Eine entsprechende Verlagerung sei inhaltlich konsequent, weshalb dieser nicht entgegenzustimmen wäre.

Die Vorlage wird mit 13 Ja-Stimmen in die Stadtvertretung verwiesen.

**TOP 9 Doppischer Haushaltsplan 2027 Band 1 Haushaltssatzung und Anlagen
Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt Band 2 Stellenplan Band 3
Wirtschaftliche Unternehmen
Vorlage: BV/VIII/0355**

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **Herr Oberbürgermeister Klose** über die Beschlussvorlage abstimmen.

-

Die Vorlage wird mit 13 Ja-Stimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

**TOP 10 Doppischer Haushaltsplan 2027 Band 4 Städtebauliches Sondervermögen
Vorlage: BV/VIII/0356**

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **Herr Oberbürgermeister Klose** über die Beschlussvorlage abstimmen.

Die Vorlage wird mit 13 Ja-Stimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

**TOP 11 Neuaufstellung des Landschaftsplanes der Vier-Tore-Stadt
Neubrandenburg
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/VIII/0339**

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **Herr Oberbürgermeister Klose** über die Beschlussvorlage abstimmen.

Die Vorlage wird mit 12 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme in die Stadtvertretung verwiesen.

TOP 12 Bebauungsplan Nr. 38 "Ortsteil Fritscheshof", 1. Änderung, hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/VIII/0347 – 1 Änderungsblatt

Ratsherr Schröder erinnert an die vorgetragenen Bedenken ansässiger Unternehmen, unter anderem der Jüdes & Löckener GmbH in einer vorherigen Sitzung der Stadtvertretung. Er erkundigt sich, ob hierzu bereits Gespräche zwischen der Verwaltung und den betroffenen Unternehmen stattgefunden hätten, um einen Austausch zu gewährleisten und geplante Erweiterungsmaßnahmen der Betriebe zu ermöglichen.

Herr Renner bestätigt, dass sich die Verwaltung die Hinweise der Stadtvertretung zu eigen gemacht habe und aktiv auf die Unternehmen zugegangen sei. Es seien bereits Einzelgespräche geführt worden, unter anderem mit der Dachdeckerfirma Jüdes & Löckener GmbH, um die Auswirkungen der Planung sowie potenzielle Erweiterungsmöglichkeiten zu erörtern. In deren Folge stehe Herr Jüdes dem Vorhaben nicht mehr abschlägig oder negativ gegenüber. Herr Renner stellt klar, dass im nun anstehenden Entwurfs- und Auslegungsbeschluss im Rahmen des Planverfahrens jedermann Hinweise, Anregungen und Bedenken vortragen könne. Die vorgetragenen Bedenken seien somit nicht abschließend, sondern würden nun formell initiiert. Die finale Entscheidung darüber obliege den Gremien.

Die Vorlage wird mit 13 Ja-Stimmen in die Stadtvertretung verwiesen.

TOP 13 Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand eines Beamten auf Zeit
Vorlage: BV/VIII/0348

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **Herr Oberbürgermeister Klose** über die Beschlussvorlage abstimmen.

Die Vorlage wird mit 13 Ja-Stimmen in die Stadtvertretung verwiesen.

Für die TOP 14 bis 19 wurde Wortprotokoll beantragt.

TOP 14 Veräußerung der Pflegeheim Neubrandenburg gGmbH "Max Adrion" durch die Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH (Neuwoges) und Änderung des Gesellschaftsvertrages
Vorlage: BV/VIII/0357

Herr Oberbürgermeister Klose ruft den Tagesordnungspunkt auf und eröffnet die Aussprache. Es gibt folgende Wortmeldungen:

Ratsherr Dr. Kubetschek:

„Nur zur Einordnung: Es betrifft TOP 14 bis 19. Das sind alles Inhalte, die im Finanzausschuss und in der AG Haushaltskonsolidierung besprochen worden sind und ohne sachlich-faktische Unterlegung abgewählt worden sind. Wir sehen hier Erörterungsbedarf, Prüfungsbedarf. Dass man einfach mit Blick auf das zukünftige Haushaltssicherungskonzept und die gegebenenfalls von Schwerin dann überwachende Funktion, dass man im Prinzip unsere emotionale Entscheidung sachlich begründet. Und nichts anderes beinhalten die nachfolgenden Beschlussvorlagen.“

Ratsherr Schröder:

„Also, dem muss ich widersprechen, Herr Dr. Kubetschek. Also, es war nicht Teil des Finanzausschusses und auch nicht Teil des Betriebsausschusses. Diese Vorlagen sind

eigentlich erst zum Hauptausschuss aufgetaucht und waren nicht Gegenstand der Gespräche des Finanzausschusses oder des Betriebsausschusses.“

Ratsherr Dr. Kubetschek:

„Ratsherr Schröder, falls ich mich missverständlich ausgedrückt habe, bitte ich, das zu entschuldigen. Es ging um die Inhalte. Also nicht um die Beschlussvorlagen, das ist korrekt. Aber die Inhalte, die diese Beschlussvorlagen verinnerlichen, die wurden besprochen.“

Ratsfrau Dr. Balschat:

„Also, ich möchte mich zum Tagesordnungspunkt 14 hier äußern. Ich denke, dass Neubrandenburg stolz sein kann, ein kommunales Pflegeheim zu haben. Wir alle wissen ja, was mit der Privatisierung im Gesundheitssektor so in Deutschland für Probleme entstanden sind. Und ich bin froh, dass wir hier in der Stadt nicht Asklepios und Helios und Vivantes und weiß ich wen haben, sondern ein Krankenhaus haben wir die Diakonie, und wir haben ein wunderbares, gut organisiertes kommunales Pflegeheim. Und das sollten wir auf alle Fälle erhalten. Also ich würde das mit großen Schmerzen sehen, wenn dieses Pflegeheim hier veräußert wird und an solche Ketten wie Vitana oder wie auch immer sie heißen verkauft würde. Also, da sollten wir uns unbedingt ganz sehr vor hüten. Und deswegen würde ich vorschlagen, diesen Tagesordnungspunkt nicht in die Stadtvertreterversammlung zu verweisen; alle übrigen Punkte, die noch sind, könnte man durchaus nochmal im Finanzausschuss, also in die normale Beratungsfolge übernehmen. Das wäre mein Vorschlag. Ach, können wir nicht.“

Herr Oberbürgermeister Klose:

„Genau, das hätte ich jetzt kurz noch eingeordnet: Das können wir jetzt nicht. Also, er steht drauf, wir haben ihn auch beim Punkt Änderung der Tagesordnung nicht runtergenommen. Das heißt, er geht in die Stadtvertretung, darüber beschließen wir heute nicht. Aber ansonsten erstmal herzlichen Dank. Gibt es weitere Hinweise, Fragen? Nochmal zum Hinweis: Wir haben Rederecht beantragt, wenn das genutzt werden möchte für Fragen an die Geschäftsführung.“

Ratsherr Gesswein:

„Ich würde dann gern mal Herrn Benischke oder Frau Saadan die Gelegenheit geben, darzustellen, was das bedeuten würde.“

Herr Benischke:

„Wir haben die Unterlage jetzt seit 48 Stunden, insofern sehen Sie mir nach, dass wir sie noch nicht hoch und runter analysiert haben. Wir bereiten das gegenwärtig vor, sodass wir zumindest zur Stadtvertretung da weitgehend sind, um die Vorlage vielleicht einzuordnen und auch einen Hinweis zum Verfahren zu machen; das hat gar nichts mit dem Inhalt zu tun. Die Gesellschaft war ja zunächst kommunaler Eigenbetrieb, ist umgewandelt worden. Ist im Rahmen der letzten Haushaltskonsolidierung, wer sich noch entsinnt, zur NEUWOGES gekommen. Dort hatte die Stadtvertretung sich für diesen Weg entschieden, gerade um sie nicht zu verkaufen – das war die Alternative – und hat sich ja seitdem wirtschaftlich gut entwickelt und steht sehr stabil da. Das Thema Pflege ist in der Kommunalverfassung in § 2 dem eigenen Wirkungskreis zugeordnet. Insofern stimmt die alleinige Wettbewerbsbetrachtung, die hier in der Vorlage vorgenommen worden ist, nicht so ganz, und nichtsdestotrotz kann man das natürlich immer wieder neu entscheiden. Wir würden sehen, dass wir bis zur Stadtvertretung die wesentlichen Dinge zusammenkriegen. Die Aussagen, die hier über die Bilanzwerte gezogen sind, haben im Kern nicht wirklich was mit einem Kaufpreis zu tun. Die Gesellschaft ist gemeinnützig. Das ist in der Vorlage nicht erwähnt worden. Auch als Ziel für die Veräußerung ist die Beibehaltung der Gemeinnützigkeit nicht erwähnt worden, was möglich macht, sie nicht mehr gemeinnützig zu machen. Solange sie gemeinnützig ist, wird jeder Käufer Schwierigkeiten haben, den Kaufpreis aus der Gesellschaft zu refinanzieren – schlicht und ergreifend, weil nicht ausgeschüttet werden darf. Insofern unterstellt das Ganze tatsächlich unter normalen kaufmännischen Gesichtspunkten – und gerade bei dem Einreicher gehe ich davon aus, dass er das berücksichtigt hat –, dass die Gemeinnützigkeit wegfällt, um letztlich einen Kaufpreis aus der Gesellschaft heraus zu erwirtschaften. Was zum Schluss heißt:

Irgendjemand bezahlt sie. Entweder die Bewohner über den Preis oder die Gesellschaft über die Leistung. Dieser Aspekt ist hier untergegangen. Es fehlt die Betrachtung ZMV. Also alle, die mit TVöD zu tun haben, wissen, dass das, wenn ein Unternehmen aus dem TVöD ausscheidet, dass da eine relativ große Ablösesumme ZMV fällig ist. Also für die Rentenversicherung, die ist siebenstellig aufwärts. Bei knapp 200 Mitarbeitern, die da im Laufe der Zeit waren, wird das also dann das Ganze ein Stückchen runtersetzen. Und insofern sind dann eine ganze Reihe von Themen, die noch zu betrachten sind. Wie gesagt, dazu würden wir uns äußern. Ich will eine Anmerkung zum Verfahren machen. Das ist ein Pflegeheim. Und insofern haben wir jetzt die erste Unruhe bei den Mitarbeitern. Das wird, sobald es in der Zeitung steht, auf die Bewohner übergreifen, die in weiten Teilen pflegebedürftig und hilflos sind. Insofern finden wir die Einbringung im öffentlichen Teil höchst unpassend. So schädigt man Unternehmen fahrlässig oder vorsätzlich – da will ich keinem was unterstellen. Insofern würde ich Sie schon bitten, zu überlegen, wie das weiter beraten wird. Und ich sage mal: Unter Kaufleuten, so macht man keine Unternehmensverkäufe, selbst wenn man sie ernst meint.“

Ratsherr Schnell:

„Nein, nicht an Herrn Benischke, aber ein Hinweis an den Einreicher: Also, wenn diese Pflegeheim gGmbH einen Verlust einführt, dann wird er durch die Führungsgesellschaft getragen. Also insofern belasten diese 90.000, von denen hier gesprochen wird, ja gar nicht den Stadthaushalt. Deswegen erschließt sich mir gar nicht, wie das im Zusammenhang mit dem Stadthaushalt stehen soll. Also, wir werden ja nicht weniger oder mehr Ausschüttung haben, auch bei den Summen. Wer mal in den Haushalt geguckt hat, den wir in die Beratungsfolge verwiesen haben, da reden wir von achtstelligen Verlusten, die wir erwarten im nächsten Jahr als Stadt. Und jetzt das an diesen 90.000 Euro festzumachen, also ich weiß nicht, also das gibt keinen direkten Bezug zum Haushalt. Von daher ist das eigentlich völlig unnötig und nicht nur fahrlässig, das hier überhaupt einzubringen; und das dann unter dem Deckmantel zu machen, man wolle irgendwie was für den Haushalt tun, halte ich für sehr gewöhnungsbedürftig.“

Herr Benischke:

„Entschuldigen Sie, die Zahl habe ich Ihnen unterschlagen, die stimmt auch nicht in der Vorlage. Das ist das Ergebnis 2024. Das Pflegeheim, das hätte der Einreicher aus der Informationsvorlage im Finanzausschuss sehen können, das Jahr 2025 ist mit plus 19 Komma... abgeschlossen. Das hatten wir ja vorhergesagt, dass der ambulante Pflegedienst jetzt in die schwarzen Zahlen geht, und das ist 2025 eingetroffen. Und nach den Zahlen vom 13. Juni 2026 setzt sich das so positiv fort. Insofern: Die Zahl ist auch tatsächlich falsch in der Vorlage.“

Ratsherr Prof. Dr. Oppermann:

„Vielleicht einmal etwas vorneweg: Es wird ja hier sehr stark polarisiert zwischen sogenannten privat getragenen Einrichtungen und Wohlfahrtsverbänden, ein bisschen auch zu öffentlichen. Also, gegen die Diskussion sperre ich mich generell, weil wir vor Ort immer verschiedene Betriebe haben, wie sie arbeiten. Also ein Bashing gegen Private mache ich nicht mit. Ich mache auch kein Bashing mit gegen Wohlfahrtsverbände oder Öffentliche. Wir haben hier in der Stadt ein kommunal getragenes Altenpflegewohnheim, das schon mal in früherer Zeit gefährdet war durch den vorletzten Oberbürgermeister, der zum Beispiel aus dem Tarifvertrag aussteigen wollte. Und da war ich auch vor Ort gewesen. Und ich bin auch Krankenpfleger; ich habe ein Herz für meine Berufskollegen. Und dann haben wir auch darüber gesprochen, was das bedeutet, hier, in Penunzen. Und dann war die Unruhe schon da, wie sie heute wiederkommt vielleicht, und wir haben den ‚Heldenklau‘ auf dem Arbeitsmarkt. Sobald hier klar wird, dass ein Träger instabil wird, haben alle Angst vor ihrer Perspektive und man springt woanders hin. Und das mache ich nicht fest an privat oder öffentlich.“

Es ist einfach das Klima, das entsteht. Das andere ist, ich war selber bei Asklepios – weil der Name gefallen ist – in einer nicht unbedeutenden kaufmännischen Verantwortung gewesen

und war später auch bei der Diakonie in keiner unbedeutenden Aufgabe gewesen. Also, das Vermischen geht einfach nicht. Was wir wollen, und das ist heute die Erfahrung dahinter, wir brauchen einen Treuhänder. Das, was hier durchaus schon gesagt wurde halt. Und ich stehe für das kommunale Unternehmen und auch für die Solidarität der Bürger in der Stadt. Denn letzten Endes ist unser Bürgerhaushalt steuergetragen durch die Einwohner vor Ort. In der Regel über die Einkommenssteuer. Und dann sollten wir das nicht nur hier in diesem Rahmen bereden halt, sondern eine solche Frage ist zentral für die Kommune Neubrandenburg, ob wir ein eigenes, städtisches Pflegeheim dazu haben wollen zu anderen. Und das Renommee unseres eigenen Altenheimes ist sehr gut. Ich kenne es auch von der Hochschule her, weil wir auch Studierende haben, die da arbeiten und bei uns studieren. Also, von daher bitte ich darum, dieses Thema sehr sensibel zu behandeln und nicht kurzfristig aufzuheischen für irgendetwas. Weil, das ist ein Betrieb mit gewachsenen Mitarbeitern, mit Bedürftigen, die da wohnen wollen. Und die dürfen wir jetzt nicht gerade zerrütten in dem Thema. Also nicht nur, um einen kurzfristigen Effekt zu haben. Gott sei Dank ist die Landtagswahl vorbei und wir haben jetzt noch drei Jahre Zeit in der Kommune bis zur nächsten Wahl. Aber wir dürfen jetzt nichts über den Zaun brechen, städtische Unternehmen, die eigentlich erfolgreich sind, die auch für die Bürger gut sind, so zu hinterfragen. Am Schluss nochmal: Bitte keine Diskussion über Privatgetragene oder Öffentlich oder Wohlfahrtsverbände. Das führt uns in die falsche Richtung. Das ist reine Ideologie.“

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 15 Qualifizierte Inanspruchnahmesperre für Planvorhaben Neubau
Grundschule Süd
Vorlage: BV/VIII/0358**

Herr Oberbürgermeister Klose ruft den Tagesordnungspunkt auf und eröffnet die Aussprache. Es gibt folgende Wortmeldung:

Ratsherr Dr. Kirchhefer:

„Ich finde es schwierig. Es gibt Ausschüsse. Da werden inhaltliche Beratungen über Vorlagen vorgenommen. Und hier betrifft es ja verschiedene Bereiche. Hier betrifft es den Bereich Schule und hier betrifft es den Bereich EBIM. Wir haben lange drüber gesprochen, über das Schulentwicklungskonzept, haben uns auseinandergesetzt, warum welche Schule in welcher Reihenfolge erneuert werden muss. Viele dieser Fragen ließen sich ganz einfach beantworten, die Sie hier aufwerfen, warum genau diese Schule einen Ersatzbau kriegen soll. Die Verwaltung könnte es viel besser ausüben. Ich finde es nur einfach schade. Es wird im Hauptausschuss das erste Mal reingebracht. In der Stadtvertretung wird's reingebracht. Wir haben Ausschüsse, wo wir das inhaltlich fundiert diskutieren können – gerne auch noch vorbereitet, also, wo man sich dann vorher damit auseinandersetzen kann –, die Verwaltung ebenso wie die Kolleginnen und Kollegen aus der Stadtvertretung. Ich weiß nicht, was Sie – das gilt ja für alle diese Vorlagen – damit bezwecken, das mal eben so hier reinzubringen, ohne dass es eine fundierte Beratung im jeweiligen Ausschuss geben kann. Finde ich schade, aber vielleicht ist es auch gar nicht gewünscht von Ihnen. Das muss ich ja so einfach jetzt deuten, weil, sonst hätten Sie es ja anders gemacht.“

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 16 Priorisierung der Investitionsvorhaben Neubau Schwimmhalle, Digitales
Innovationszentrum am Lokschruppen, Instandsetzung Jahnsportforum und
Grundschule Süd
Vorlage: BV/VIII/0359**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 17 Finanzierung der Wärmewende: Maßnahmenplan zur Mittelbeschaffung für den Investitionsbedarf der Neubrandenburger Stadtwerke aus der kommunalen Wärmeplanung
Vorlage: BV/VIII/0360

Herr Oberbürgermeister Klose ruft den Tagesordnungspunkt auf und eröffnet die Aussprache. Es gibt folgende Wortmeldung:

Ratsherr Bülow:

„Ich habe so den Eindruck, dass wir uns hier als kommunale Ehrenamtler und Kommunalpolitiker in die Rolle der Hobbygeschäftsführer bewegen sollten oder wie auch immer. Naja, ich sage das mal so lax jetzt hier. Da werden hier Vorlagen eingebracht, und wir haben städtische Gesellschaften, die sich genau mit diesen Fragestellungen befassen, und wir haben da Geschäftsführungen und wir haben Verwaltungsräte; und die Verwaltungsräte sind unter anderem auch mit Vertretern aus der Stadtvertretung besetzt, und ich kann den Sinn da nicht ganz erkennen. Das sage ich jetzt hier, weil ich wirklich verärgert bin darüber. Und ich habe keine Veranlassung davon auszugehen, dass weder das, was zu Ziffer 17 steht in der Betreffzeile, noch zu Ziffer 18, dass die Geschäftsführung nicht in der Lage ist, was sowieso Aufgabe eines Kaufmanns ist, die eigene Wirtschafts- und Leistungsfähigkeit fortwährend zu prüfen, und dass sich das einer gesonderten Behandlung zuführen muss.“

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 18 Prüfung der wirtschaftlichen Leistungs- und Zukunftsfähigkeit der Beteiligungsgesellschaft der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH (Neuwoges)
Vorlage: BV/VIII/0361

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 19 Verwaltungsmodernisierung und Personalwirtschaft – Reduzierung des Stellenplans um 100 Stellen in den Haushaltsjahren 2027 bis 2029
Vorlage: BV/VIII/0362

Herr Oberbürgermeister Klose ruft den Tagesordnungspunkt auf und eröffnet die Aussprache. Es gibt folgende Wortmeldungen:

Ratsherr Dr. Kubetschek:

„Ich möchte nochmal drauf hinweisen, dass das ganz originäre Dinge sind, die in Ausschüssen besprochen worden sind. Und es geht hier einfach nur darum, diese emotional getroffenen Entscheidungen in einzelnen Ausschüssen auf ein sachliches Fundament zu stellen. Denn genau diese hässlichen Fragen werden von Schwerin gestellt werden, ob wir wollen oder nicht. Und so wie es jetzt aussieht, haben wir nichts in der Hand. Und wenn eben rauskommt bei den ganzen Beschlussvorlagen – das ist so, wie es gerade so schön beim Pflegeheim gekommen ist –, na, hervorragend, dann ist das aber fundiert. Und genauso sieht es bei dem Stellenplan aus. Also wer jetzt draußen postuliert – das haben wir schon gehört –, es sollen 100 Stellen gestrichen werden, hat die Beschlussvorlage nicht gelesen. Es soll geprüft werden, wer eben durch Rentenabgänge, wie auch immer, im Prinzip die Stellen dann einfach nicht neu besetzt werden. Also, es geht nicht darum,

irgendwelche Mitarbeiter rauszuschmeißen, es wurde uns zugetragen. Also, es geht einfach nur darum, dass es geprüft wird, und wenn am Ende rauskommt, ja, so und so sieht es aus, in den nächsten fünf Jahren kommt nichts, aber, ich sage mal, im sechsten Jahr haben wir 20 Stellen, die können wir – was weiß ich, brauchen wir 18 – nicht neu besetzen, dann ist es so, darum geht es. Aber nicht, dass hier irgendjemand um seinen Arbeitsplatz fürchtet. Dass man im Prinzip was in der Hand hat, was man vorweisen kann. Ja, dass man eben sagen kann, wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, wenn das HSK kommt, bitteschön, das ist geprüft worden. Das zeugt von Kompetenz in Neubrandenburg, in der Kommunalverwaltung und auch in den Ausschüssen. Und ja, um nichts anderes geht es.“

Ratsherr Gesswein:

„Also, wir haben in der letzten Stadtvertretung gerade beschlossen, ein Personalkonzept erstellen zu lassen. Und jetzt kommen Sie mit so einer Vorlage. Ich weiß überhaupt nicht, was das soll. Weil, ich kann doch, ohne ein Personalkonzept zu haben, erst mal gar nicht erkennen, ob überhaupt Stellen abgebaut werden müssen oder ob wir noch Stellen benötigen, und wenn Stellenabbau, wie viele das sein sollen. Also, ich denke, Sie sollten die Vorlage lieber zurückziehen. Wir haben ein Personalkonzept beauftragt und werden daraus die notwendigen Schlüsse ziehen können.“

Ratsherr Dr. Kirchhefer:

„Ich kann mich dem im Grundsatz nur anschließen. Und ich verstehe nicht, wie Sie hier sagen können, Sie sind missverstanden worden. Sie schreiben hier: ‚Der Stellenplan ist zu reduzieren.‘ Das steht da drin. Also, da steht nichts anderes drin. Da steht nicht: ‚Ach, wenn es nicht geht, dann geht es nicht.‘ Es steht ganz klar: ‚Ist zu reduzieren.‘ Und ich frage mich, auf welcher Basis, an welche Stellen denken Sie – das müssen Sie doch vor Augen haben. Und dann zu sagen, wir sind falsch verstanden worden – wenn Sie diesen Satz reinschreiben, dann würde ich Ihnen sagen, schreiben Sie die Sätze anders. Oder wer immer das schreibt, muss dann aufpassen, dass man dann in den Formulierungen dann auch anders ist. Und ich kann auch nicht nachvollziehen – das haben Sie jetzt mehrfach gesagt –, dass irgendwelche Entscheidungen emotional getroffen seien. Ich weiß nicht, was da vielleicht mit meinem Gefühl nicht stimmt oder mit anderen Gefühlen nicht stimmt. Also, ich habe den Eindruck, dass wir uns hier in der Stadtvertretung sehr ernsthaft und gewissenhaft und auch die Stadtverwaltung sich ernsthaft und gewissenhaft mit Dingen auseinandersetzt. Und natürlich hängt das Herz an einigen Themen mehr oder weniger. Das ist ja nun mal so. Aber ich habe nicht den Eindruck, dass wir hier emotional getrieben irgendwelche Entscheidungen getroffen hätten. Also, das haben Sie jetzt mehrmals so gesagt – vielleicht habe ich das auch wieder falsch verstanden. Und deswegen brauchen wir Beschlussvorlagen, die das klären; aber was ja sowieso im Alltag immer geklärt wird, das sind normale Aufgaben. Und Sie glauben doch nicht, dass, als es das letzte Mal ein Haushaltssicherungskonzept gab, Schwerin gesagt hat: ‚Ihr müsst 100 Stellen streichen.‘ Da ging es natürlich auch um Personalplanung, aber doch nicht im Bereich 100. Also, ich verstehe das Ganze nicht, was Sie damit bezwecken, und weise das auch von mir, dass wir nicht vorher Entscheidungen vernünftig fundiert getroffen hätten.“

Ratsherr Prof. Dr. Oppermann:

„Also, ich möchte mal die Pro-Rede machen, dass wir sowas überhaupt thematisieren. Das muss auch mal gesagt werden. Das darf ja gerne mal alles thematisiert werden. Aber hier schwingt immer eine Unterstellung mit, dass die anderen, die Dritten sozusagen, unprofessionell arbeiten. Also, ich habe zunächst einmal ein Vertrauen in unsere eigene Stadtverwaltung, dass sie ihren Haushalt mit Blick auf Personal seriös erstellt und an Bedarfen misst, die sich auch geändert haben. Ich denke mal, wir haben schon in den Stellen Veränderungen festgestellt, dass gewisse öffentliche Dienstleistungen weniger nachgefragt werden. Andere nehmen zu – ich sage mal Wohngeld zum Beispiel – und dass man darauf flexibel reagieren muss. Aber mit solchen pauschalen Größen, wie Ratsherr Dr. Kirchhefer sagt, mit 100-mal streichen, das ist für mich einfach so ein Sanierungskonzept, was mich so ein bisschen an die Treuhand erinnert – das sage ich mal ganz bewusst. Da

werden einfach Zahlen vorgegeben, hier müssen 100 raus und dann wird es wirtschaftlicher. Ich glaube, das genügt nicht für eine seriöse Analyse. Und ich und meine Fraktion – Ratsherr Stieber ist ja auch noch dabei – wir werden die Verwaltung immer unterstützen und auch natürlich ein bisschen auffordern, wenn es dann sein muss, erstmal eine Sachanalyse zu machen. Und nicht im Ergebnis zu sagen, hier kommen 100 raus. Ja, also wenn ich eins und zwei zusammenzähle, ist drei das Ergebnis. Aber hier kommen andere gleich mit dem Ergebnis. Ich muss erstmal auf die Summanden kommen. Und ich finde, solche Vorlagen sind momentan politisches Feuer nur im Alltag, und sie tun keinem gut. Und ich möchte auch sagen, das, was ich mitbekomme, persönlich und auch indirekt gespiegelt über andere: Wir sind mit der Arbeit der Stadtverwaltung zufrieden, mit dem Personalhaushalt. Und ich habe noch keinen schlafen sehen. Also, von daher sind alle auch wirklich gut ausgelastet.“

Ratsherr Dr. Kubetschek:

„Die Zahl 100 kommt ganz einfach daher, wenn man sich anschaut das Personalkonzept unter der Ägide von Oberbürgermeister Dr. Paul Krüger und nachfolgend unter dem Oberbürgermeister Witt. Dort gab es eine große Personalverschiebung – und die Gründe dafür, wie auch immer sie sind. Aber wir haben eine sinkende Einwohnerzahl, wir haben mehr Digitalisierung und eine wachsende Verwaltung, und das geht nicht überein.“

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Oberbürgermeister Klose stellt die Nichtöffentlichkeit her.

gez.
Nico Klose
Oberbürgermeister und
Ausschussvorsitzender

gez.
Heike Witt
Protokollantin

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.